

Gesetz 840, "ausländische Agenten", und die Kriminalisierung der Opposition

Für die Diktatur hat jeder ausländische Landsmann mehr Rechte als das nicaraguanische Volk



Eine Gruppe von Bauern malt in einem der von der Anti-Kanal-Bewegung organisierten Märsche ein Bild auf einen "Lebensbaum". Carlos Herrera | Confidencial.

Mónica López Baltodano



Confidencial 27 Oktober 2020

Die von Ortega-Murillo entsandten Abgeordneten haben kürzlich das berüchtigte "Gesetz zur Regulierung ausländischer Agenten" (Gesetz 1040) gebilligt, mit dem sie beabsichtigen, jeden Ausdruck der Opposition im Land zu kriminalisieren, zu ersticken und zu terrorisieren. Ihre Hauptziele sind soziale Bewegungen, territoriale Führungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, unabhängige Presse und alle Personen, die sich zur Rebellion gegen das Regime bekennen.

Es genügt, die Konzession des interozeanischen Kanals (Gesetz 840 und Rahmenkonzessionsvertrag - MCA) von 2013 mit dem neuen Gesetz 1040 zu vergleichen, um die politische Perversion zu zeigen, die die gesetzgeberischen Schritte der Diktatur darauf ausrichtet, die Opposition zu kriminalisieren,

während sie im selben von ihnen kontrollierten Parlament ihre ausländischen Kanalpartner zu Sultanen machte.

So bestimmt beispielsweise Artikel 19 des Gesetzes 840, dass Finanzinstitutionen, die ein Projekt im Zusammenhang mit dem interozeanischen Kanal finanzieren, "die Bankprivilegien genießen, die in der in Nicaragua geltenden Bankgesetzgebung und ihren Änderungen festgelegt sind, ohne dass sie sich bei der Bankenaufsicht der Republik Nicaragua registrieren lassen oder eine andere Genehmigung einer Regierungsstelle einholen müssen".

Dann legten sie in Abschnitt 9.8 des MCA auch fest, dass "weder die Regierung noch irgendeine andere staatliche Stelle eine Teilprojekteinheit daran hindern darf, innerhalb oder ausserhalb Nicaraguas die notwendigen Mittel für ein Teilprojekt zu senden oder zu empfangen".

Mit anderen Worten: In der juristischen Welt, die für den Kanalbetrug geschaffen wurde, kann keine Regierungsstelle irgendeine finanzielle Bewegung im Zusammenhang mit dem Kanal begrenzen oder kontrollieren, ein Projekt, das nach ihren Berechnungen 50 Milliarden Dollar kosten würde, an dem eine große Anzahl Ausländer beteiligt wäre. Unterdessen kann für das nicaraguanische Volk mit dem neuen Gesetz jeder morgen aufwachen, der beschuldigt wird, ein "ausländischer Agent" zu sein, für schuldig erklärt und ohne das Recht auf einen fairen Prozess vor einer korrupten Justizmacht, die heute mehr als 100 politische Gefangene entführt hat.

Schließlich legten sie in Klausel 9.1 des im Jahr 2013 unterzeichneten MCA fest, dass "die Regierung sich nach besten Kräften bemüht, Gesetze oder Änderungen bestehender Gesetze zu gewährleisten", um die in Betracht gezogenen Transaktionen und die in der Kanalkonzession gewährten Rechte für Investoren und Bauunternehmer "zur Erbringung von Dienstleistungen öffentlicher Art in Nicaragua ohne Registrierung in Nicaragua" durchzuführen.

Die Kehrseite dieser rechtlichen Bipolarität ist, dass nach dem kürzlich verabschiedeten Gesetz 1040 alle natürlichen oder juristischen Personen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, verpflichtet sind, sich beim Innenministerium zu registrieren und einen monatlichen Bericht "über dokumentierte, detaillierte und überprüfbare Ausgaben, Zahlungen, Auszahlungen, Einstellungen und andere Aktivitäten" (Art. 10) zu übermitteln.

Dieses neue Gesetz basiert auf einem Ermessenskriterium des MIGOB, so dass es auf jede Person anwendbar ist, mit einigen Ausnahmen, die für das Regime günstig sind.

Versäumt es eine Person, sich zu registrieren, können nach Artikel 15 Geldstrafen, die Löschung juristischer Personen, strafrechtliche Sanktionen und die Intervention von Geldern und Vermögenswerten verhängt werden. Mit anderen Worten: Ende 2020 haben die Abgeordneten per Gesetz eine "gesetzliche" Grundlage vorgefertigt, um dasselbe zu tun, was sie 2018 willkürlich getan haben, nämlich neun nicaraguanische NGOs und zwei Medien zu schließen und zu beschlagnahmen. Der Vorbehalt ist, dass sich die Bedrohung jetzt nicht nur gegen NGOs und die Presse richtet, sondern auch gegen jeden, den das Regime als "ausländischen Agenten" bezeichnen könnte.

Nicht weniger wichtig ist es, daran zu erinnern, dass die Diktatur 2014 die Politische Verfassung reformierte, um u.a. das Kanalprojekt in den Verfassungsrang zu heben und es so mit nur 60% der Abgeordneten reformierbar oder aufhebbar zu machen (Arto. 102 Cn.). Und nun stellt sich heraus, dass er im Jahr 2020 die Verfassung erneut reformieren will, um Personen, die "Hassverbrechen"

begehen, zu lebenslanger Haft verurteilen zu können, eine Definition, die je nach Belieben der Regierung nach eigenem Ermessen ausgelegt werden kann.

Während also die Diktatur ihre Anstrengungen verdoppelt, um das nicaraguanische Volk der faschistischen Kontrolle unseres Lebens im eigenen Land zu unterwerfen, hat sie bereits sieben Jahre damit verbracht, die Souveränität des Landes den undurchsichtigen Interessen von Wang Jing und seinen in der ganzen Welt registrierten Geisterfirmen zu überlassen. Dies würde zweifellos eine Untersuchung durch das Comptroller General's Office rechtfertigen, wäre da nicht die Tatsache, dass dort nur die Possenreißer der Diktatur operieren, darunter auch die Rechnungsprüfer von der Spitze der PLC-Partei.

Wenn also das Innenministerium vor Ihrer Tür steht, um Ihnen zu drohen, weil Sie sich nicht der Diktatur unterwerfen, sagen Sie ihm, dass Sie für das Projekt des interozeanischen Kanals arbeiten, um zu sehen, ob er uns in Frieden leben lässt. Und denken Sie daran, in Ihren Überzeugungen standhaft zu bleiben, denn wie Gandhi weise sagte: "Sobald jemand versteht, dass es seiner Würde widerspricht, ungerechte Gesetze zu befolgen, kann ihn keine Tyrannei beherrschen".